

kerten Rechte müssen klimafit und durchsetzbar gemacht werden: Es braucht das Recht auf Job-to-Job-Transition, das Recht auf Weiter- oder Umbildung sowie eine europäische Arbeitsplatzgarantie für Menschen, die arbeiten möchten, aber am privaten Arbeitsmarkt keine Stelle finden. Mit einem starken sozialen Dialog, der Konsultation und Einbeziehung der Beschäftigten und effektiven Kollektivverhandlungen sollen Änderungen etwa im Betrieb antizipiert und gemeinsam Übergangspläne erarbeitet werden. Wenn Jobs aufgrund der Dekarbonisierungsziele wegfallen, muss der Fokus auf einer Höherqualifizierung liegen, um Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, im gleichen Unternehmen beschäftigt zu bleiben. Ist das nicht möglich, muss gewährleistet werden, dass Beschäftigte mit finanzieller Unterstützung genügend Zeit für eine Neuorientierung haben, die es ihnen auch ermöglicht im gleichen Sektor und in der gleichen Region zu verbleiben. Neuorientierung benötigt manchmal auch mehr Zeit: Damit das gelingt, müssen die Mitgliedsstaaten ihre soziale Sicherungssysteme stärken und armutsfest machen.

Ausblick

Es obliegt der gesamten neuen EU-Kommission und allen voran EU-Kommissionspräsidentin Von der Leyen ihrer Verantwortung nachzukommen und die soziale Dimension der grünen Transformation in ihrer vollen Bandbreite zu adressieren. Obgleich ein grundsätzliches Bewusstsein für die Notwendigkeit, niemanden zurückzulassen, vorhanden ist, ist derzeit nicht erkennbar, dass der Dringlichkeit entsprechende, angemessene Maßnahmen in Gang gesetzt werden. Aus Beschäftigtenperspektive ist es daher umso wichtiger, die Forderungen nach einem umfassenden, kohärenten Rahmen für die gerechte Wende nachdrücklich an die EU-Kommission heranzutragen. Mit einem Vorschlag für eine Just Transition-Richtlinie für die Arbeitswelt kann die EU-Kommission beweisen, dass ihr die Zukunftsaussichten der Beschäftigten in der EU tatsächlich ein Anliegen sind.

Julia Wegerer, AK Wien
julia.wegerer@akwien.at

- 1 [e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648_de](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 2 [Commission publishes Recommendations on the draft National Energy and Climate Plan from Austria](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 3 [Umfrage: Wähler:innen aller... | KONTEXT Institut für Klimafragen](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 4 [President von der Leyen on the European Green Deal](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 5 [Der Mechanismus für einen gerechten Übergang - Europäische Kommission](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 6 [„Fit für 55“: ein Fonds zur Unterstützung der am stärksten betroffenen Menschen und Unternehmen - Consilium](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 7 [Publications Office](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 8 [pdf](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 9 [Letter to Ministers - JTI](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 10 [e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648_de](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 11 [Eine neue Strategische Agenda 2019-2024 - Consilium](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 12 [AK-Umbauplan Langfassung 2024.pdf](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 13 [Ein EU-Zukunftsfonds. Warum und Wie? – Hintergrundpapier des „Netzwerks Progressive EU-Fiskalpolitik“](#), S. 12, abgerufen am 21.11.2024.
- 14 [Siehe etwa: Sonderbericht 22/2024: Doppelfinanzierung aus dem EU- Haushalt | European Court of Auditors, NEWS-SR-2024-14 | European Court of Auditors](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 15 [Copy of ETUC policy](#), abgerufen am 21.11.2024.
- 16 [EN - Adopted Resolution - A Just Transition policy framework and Directive to anticipate and manage change 0.pdf](#), abgerufen am 21.11.2024.

GRÜNE REVOLUTION ODER SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE KATASTROPHE? WIE EINE NEUE WIRTSCHAFTSPOLITIK DER KLIMAKRISE BEGEGNEN MUSS

Von
Judith Epremian

Die Klimakrise verändert die ökologischen sowie sozialen, kulturellen und technischen Systeme, in denen wir leben. Doch ob diese Veränderungen durch eine radikale Neuausrichtung unserer Wirtschaft („by design“) oder durch das Überschreiten ökologischer Kippunkte („by disaster“) herbeigeführt werden, ist die drängende Frage. Michael Soder plädiert für ersteres: eine Wirtschaftspolitik der Weitsicht, Planungssicherheit und Gerechtigkeit, und stellt Maßnahmen für den Weg zur Klimaneutralität vor.

Michael Soder spannt in seinem neuen Buch „Grüne Revolution“ den Bogen zwischen individuellen Sichtweisen auf die fortschreitende Klimakrise und den damit verbundenen politischen und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen. Das Buch stellt wissenschaftliche Erkenntnisse und wirtschaftspolitische Ansätze zur sozial-ökologischen Transformation vor. Dabei wählt Soder den pragmatischen Zugang des „radikalen Inkrementalismus“: Er nimmt also den Status Quo als Ausgangspunkt, von dem aus viele handlungsmächtige Akteure an vielen Stellschrauben gleichzeitig drehen müssen, um die Transformation mithilfe dessen, was derzeit schon vorhanden ist, voranzutreiben.

chen individuellen (psychologischen) und welchen kollektiven (gesellschaftlichen und politischen) Folgen der sich zuspitzenden Klimakrise sind wir konfrontiert? Mit derartigen Fragen macht Soder deutlich, dass die Wahrnehmung der, sowie die Verunsicherung durch die Aufgabe der Dekarbonisierung stets kontextspezifisch ist.

Somit entschlüsselt Soder den Begriff der Klimakrise als eine vielschichtige Krisensituation, die auf eine ungleiche Gesellschaft trifft und so die bestehenden sozialen Ungleichheiten in Sachen Einkommen und Vermögen, Bildung, Gesundheit und Chancen offenlegt. Die Veränderungen durch den Klimawandel und durch politische Maßnahmen treffen Menschen auf unterschiedlichste Art und Weise, je nach Alter, Lebensstil, Wohnort, oder Berufsbranche. Auch angesichts der gesellschaftlichen Konflikte, die daraus resultieren steht fest: Die Menschen müssen mitgenommen, und dürfen nicht abgehängt werden. Neue Entwicklungspfade müssen auf der Teilhabe in der Ausgestaltung von Klimawandelmaßnahmen fußen und glaubwürdig, vernünftig und nachvollziehbar sein.

Statt moralischer Überhöhung einzelner Konsumententscheidungen brauchen wir eine aktive wirtschaftspolitische Steuerung, die regionale und soziale Unterschiede ernst nimmt.

Die Menschen mitnehmen

Was bedeutet die Klimakrise für eine Dorfgemeinschaft in den Alpen, die unter den Folgen von Extremwetterereignissen leidet und was bedeutet sie für eine Region, deren Wohlstand und Arbeitsplätze von der Automobilindustrie abhängen? Wie erleben von Armut betroffene, in prekären Wohnverhältnissen Lebende oder Erkrankte die Klimakrise und was bedeutet sie im Gegenzug für die Finanzpolitik, private Banken oder auch für börsennotierten Unternehmen, die im Öl- und Erdgasgeschäft tätig sind? Mit wel-

Wirtschaft als System

Doch zunächst setzt Soder den Rahmen für sein systemisches Verständnis der not-

Buchbesprechung: Michael Soder – Eine grüne Revolution.

wendigen wirtschaftspolitischen Veränderungen. **Erstens** konstatiert er: wir leben in komplexen Systemen. „Die Wirtschaft“ müssen wir – wie ein Ökosystem – als ein komplexes Wertschöpfungsnetzwerk sehen, in dem neben Unternehmen verschiedenste Akteure eine Rolle spielen (Arbeitnehmer:innen, Konsument:innen, der Staat, Vereine und Verbände, zivilgesellschaftliche Organisationen), die wiederum in wechselseitigen Abhängigkeiten zueinanderstehen. Innerhalb dieses komplexen Systems wirken verschiedene wirtschaftliche Logiken.

Zweitens: Wir leben, ungeachtet technischer und zivilisatorischer Errungenschaften, in einem unüberbrückbaren Abhängigkeitsverhältnis mit unserer ökologischen Lebensgrundlage. Die Logiken, denen die von uns erschaffenen Systeme folgen, haben reale und mentale Konsequenzen für dieses Abhängigkeitsverhältnis. Mit seinen aktuellen Wirkungsweisen sprengt unser Wirtschaftssystem die planetaren Grenzen, da die Strukturen, die wir in den letzten 150 Jahren erbaut haben, auf der Ausbeutung fossiler Energien und natürlicher Ressourcen basieren. Die Aufgabe muss es daher sein, das energetische Fundament von allem, was wir tun, zu verändern.

Denn die erforderliche Transformation wird mit Sicherheit nicht durch individuelle Konsum- und Verhaltensweisen vollbracht werden. Stattdessen steht die strukturelle Ebene im Zentrum der neuen Industriepolitik. Wie das Austrian Panel of Climate Change (APCC) in seinem Bericht „APCC Special Report – Strukturen für ein klimafreundliches Leben“ feststellt, ist es derzeit „schwierig, in Österreich klimafreundlich zu leben“¹. Eine Veränderung der handlungsleitenden Strukturen ist also unabdingbar.

Transformative Industriepolitik

Um die Strukturen als Antwort auf die Klimakrise zu verändern, bedarf es einer vorausschauenden und planvollen politischen Steuerung. Obwohl konkrete Beispiele von Industriepolitik spätestens seit der Industriellen Revolution Ende des 18. Jahrhundert belegbar sind und sie auch für den Wiederaufbau in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg eine wesentliche Rolle spielte, wurde die Industriepolitik im Zuge der neoliberalen Ära ab den 1980er-Jahren gewissermaßen totgeschwiegen. Spätestens seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008



Buchbesprechung: Michael Soder – Eine grüne Revolution.

erlebt die Idee einer proaktiven (vertikalen) Industriepolitik aber eine Renaissance und „entdeckt [im Zuge der Klimakrise] ihren Instrumentenkoffer wieder“². Dabei muss eine gute industriepolitische Planung die schwierige Aufgabe erfüllen, durch verschiedene, ineinandergreifende Maßnahmen entlang öffentlicher und privater Ebenen zu wirken. Entlang der gesamten Produktions- und Wertschöpfungsketten muss sie aktiv gestalten und steuern. Das gesteckte Ziel ist dabei nichts Geringeres als eine grüne industrielle Revolution.

Für einen klimagerechten Umbau bedarf es einer vorausschauenden und planvollen politischen Steuerung.

Hierbei erkennt Soder an, dass eine Spannung zwischen der notwendigen Weitsicht und Planbarkeit einerseits und dem wahrscheinlich kurvenreichen Weg auf dem weitgehend unbekanntem Terrain der Klimaneutralität andererseits besteht. Doch das Buch zeigt gerade auch auf: es gibt durchaus gute Alternativen zum „Weiter wie bisher“. Diese müssen unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten und unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit clever angewandt werden. Somit bietet die transformative Wirtschaftspolitik als stetig wachsendes wissenschaftliches Feld zwar kein allgemeingültiges Paket von politischen Antworten. Doch sie gibt eine Bandbreite wirtschaftspolitischer Leitlinien und Maßnahmen vor, die den Weg zur „Grünen Revolution“ ebnen sollen.

„Grüne Revolution“ bietet einen Überblick über die Schritte hin zu einem neuen wirtschaftspolitischen Verständnis. Es empfiehlt

Buchtipps

Michael Soder

Eine grüne Revolution.

Eine neue Wirtschaftspolitik in Zeiten der Klimakrise
ÖGB Verlag, 2024



Zum Autor: Michael Soder ist Ökonom und promoviert am Institute for Ecological Economics an der Wirtschaftsuniversität Wien. Derzeit arbeitet er in der Abteilung Wirtschaftspolitik der Arbeiterkammer Wien, wo er sich mit Themen des grünen Strukturwandels, grüner Industriepolitik und der Just Transition beschäftigt. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen außerdem Innovation, Technologie und deren Rolle im Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft.

sich für alle, die sich am interdisziplinären Diskurs zu transformativer Wirtschaftspolitik beteiligen oder diesen besser verstehen möchten. Es erklärt, dass sinnvolle Ansätze bereits existieren und, dass sich ein gerechtes, planvolles Vorgehen angesichts der Klimakrise lohnen wird.

Judith Epreman, AK Wien
judith.epreman@akwien.at

1 APCC – Austrian Panel on Climate Change (2024): Klimafreundliches Leben. <https://klimafreundlichesleben.apcc-sr.ccca.ac.at/> (abgerufen am 18.11.2024).

2 Soder, Michael: (2024): Eine grüne Revolution. Eine neue Wirtschaftspolitik in Zeiten der Klimakrise. Wien: ÖGB Verlag. S.131



BESTELLEN!

Unter
<https://wien.arbeiterkammer.at/Newsletter.html>

können Sie den EU-Infobrief
kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene.

Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.